

Unleserliche Haltung

kommentar

Ein einziges Thema bestimmte die ausserordentliche Sitzung, für die der Bundesrat gestern seine Ferien unterbrochen hatte: seine Haltung zum kriegerischen Konflikt in Libanon.

Neu in Inland & Ausland:

Das ausserordentliche Ergebnis des Treffens: Nicht entschieden hat der Bundesrat, ob er sich aufs Neutralitätsrecht berufen will. Nicht entschieden hat er somit, ob er das Blutvergiessen, das sich im Nahen Osten abspielt, Krieg nennen will. Nicht entschieden hat er weiter, ob die Landesregierung Micheline Calmy-Reys Einschätzung teilt, Israels militärische Reaktionen auf die Hisbollah-Übergriffe seien unverhältnismässig und völkerrechtsverletzend. Kein Entscheid ist zur Zukunft der Rüstungszusammenarbeit mit Israel gefallen. Entschieden hat er einzig, angesichts der «katastrophalen humanitären Situation» vor Ort fünf Millionen Franken fürs IKRK freizugeben.

Wer Klarheit über die Haltung des Bundesrates und Antworten auf drängende Fragen zur Neutralität erhofft hatte, kann nicht anders als enttäuscht sein. Insgesamt ist die Haltung der Regierung nämlich unleserlich. Mit der Freigabe finanzieller Mittel unterstreicht sie einerseits den von der Aussenministerin eingeschlagenen Weg, dem Konflikt primär mit humanitären Massnahmen zu begegnen. Andererseits versagt der Bundesrat Calmy-Rey die Unterstützung im Anliegen, den Krieg auch Krieg nennen zu dürfen. Vor allem aber pfeift er die Aussenministerin – ein bisschen – zurück, ohne sich über die weitere Handlungsweise wirklich einig zu sein. Das wirkt unter dem Strich nicht neutral, sondern sich neutralisierend.

Befremdlich ist schliesslich, wie sich der Bundesrat um die Antwort auf die Frage drückt, ob das Neutralitätsrecht jetzt anzuwenden sei: Unter dem Strich spiele dies gar keine Rolle, da derzeit keine Waffenexporte anstünden. Indem er das Thema so sehr auf den Aspekt Export reduziert, negiert er dessen darüber hinausgehende, wenn auch eher symbolische Bedeutung.

Die offensichtlich gespaltene Haltung der Landesregierung zum Konflikt in Libanon stärkt die Rolle der Schweiz als wachsamer und zugleich vermittlungsbereiter Depositärstaat der Genfer Konvention nicht. Sie schwächt sie.

Der Bund, Marc Lettau [27.07.06]